

Die Ständeräte stehen stramm

Geheime Abstimmungen: Die Ostschweizer Ständeräte wollen Transparenz in Zeiten der Coronakrise.

Christoph Zweili

Von einem «verfassungswidrigen Plan» war im Vorfeld die Rede gewesen: Demnach sollte der Ständerat über einen Milliardenkredit für die Schweizer Luftfahrt, die Subventionierung der Kinderkrippen wegen der Coronapandemie und die Erlassung von Geschäftsmieten für Betriebe abstimmen, ohne dass diese Entscheide öffentlich gemacht würden. Die Geschichte des «Tagesanzeigers» am ersten Tag der ausserordentlichen Session, die ganz der Bewältigung der Coronakrise gewidmet ist, sorgte am Montag für Verwirrung in der kleinen Kammer.

Der Ständerat zeigte am Montag allerdings, dass ihm in Zeiten der Coronakrise die Transparenz wichtig ist – allen voran die Ostschweizer Ständeräte. Sie sahen in der Tatsache, dass das Büro des Ständerats die wichtigen Entscheide zum Coronanotrecht unter Ausschluss der Öffentlichkeit fällen wollte, weniger einen Skandal. Man habe wohl «eher wenig überlegt, um Kosten zu sparen», sagt etwa der Thurgauer SVP-Ständerat Jakob Stark auf Anfrage. Die Änderung des Geschäftsreglements wäre ein falsches Signal – «die Abstimmung per Handzeichen wie früher wäre sinnvoll gewesen».

Auch der St. Galler CVP-Neo-Ständerat Benedikt Würth versteht die Aufregung nicht ganz. «Das Einzige, was wegen der Verlegung der Session in die Expohallen am Rand der Stadt aus technischen Gründen fehlt, ist die elektronische Anzeigetafel auf der wie im Bundeshaus mit grünem und rotem Punkt angezeigt wird, wer wie abgestimmt hat.» Ähnlich sieht es der Innerrhoder CVP-Ständerat Daniel Fässler: «Bei Gesamt- und Schlussabstimmungen, bei Abstimmungen mit qualifiziertem Mehr – zum Beispiel bei der



Waren am Montag für Transparenz: Die Ständeräte Daniel Fässler (AI), Paul Rechsteiner (SG), Jakob Stark (TG) und Andrea Caroni (AR, im Uhrzeigersinn).

Ausgabenbremse – oder wenn zehn Ratsmitglieder dies verlangen, wird das Abstimmungsverhalten auch in der Bernexpo namentlich publiziert.» Von der Einführung einer geheimen Stimmabgabe könne nicht die Rede sein.

Zwei Anträge aus der Ratsmitte

Weil im Geschäftsreglement des Ständerats eine solche Tafel vorgeschrieben ist, wollte das Ratsbüro die entsprechenden Paragraphen streichen. Um die Transparenz trotzdem herzustellen, wurde am Montagnachmittag über zwei Anträge abgestimmt, die auch für Stark praktikabel waren. Der Berner SVP-Ständerat Werner Salzmann hatte be-

«Das Einzige, was fehlt, ist die elektronische Anzeigetafel.»



Benedikt Würth
St. Galler Ständerat



Bilder: Hanspeter Schiess, KEY, Andrea Stalder

reits am Montagvormittag einen Antrag zur Veröffentlichung von Namenslisten bei jeder Abstimmung eingereicht. Der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch reagierte mit einem Gegenvorschlag: Abstimmen durch Aufstehen. Der Rat habe die Publikation von Namenslisten vor kurzem abgelehnt. Ein Vorschlag, der Fässler sympathisch war: «Damit ist Transparenz gewährleistet.»

Der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni sagte klar, wo seine Präferenzen liegen: «Ich habe mich bereits vor Jahren dafür eingesetzt, dass der Ständerat alle Abstimmungen genauso offenlegt wie der Nationalrat. Leider hat dies der Ständerat damals abgelehnt.»

Eigentlich solle man diese Transparenz in der Coronasession «generell per ordentliche Reform» einführen. Er würde auch «einen neuen Anlauf für die umfassende Transparenz bei Abstimmungen» unterstützen. Als Präsident der Staatspolitischen Kommission sei es aber nicht an ihm, solche Anträge einzubringen, sagte Caroni.

Der St. Galler SP-Nationalrat Paul Rechsteiner ging zusammen mit Benedikt Würth davon aus, dass sich der Rat «für volle Transparenz» entscheidet: «Ich bin jedenfalls dafür!» Und so kam es auch. Jositschs Vorschlag obsiegte: In der laufenden Coronasession erfolgt demnach die Stimmabgabe also durch Aufstehen.

Schulkonzept stösst auf Kritik aus FDP und SVP

Öffnung Der Entscheid des St. Galler Bildungsdepartements, vier Wochen lang in Halbklassen unterrichten zu lassen, erhält Kritik: In einem Vorstoss aus den Reihen von FDP und SVP wird verlangt, den Plan nochmals zu überdenken. Der Blick über die Kantonsgrenze zeigt: Appenzell Ausserrhoden und Thurgau beispielsweise haben beide den Unterricht nach Stundenplan ab 11. Mai beschlossen.

Es sind drei St. Galler Kantonsräte vom Fach – ein Schulleiter und je ein Primar- und Sekundarlehrer –, die sich gemeinsam in einem Vorstoss gegen das vorliegende Konzept des Bildungsdepartements wehren. Man ersuche die Kantonsregierung, die Schulöffnung bereits am 11. Mai für alle Kinder und ganztags wieder zu ermöglichen oder zumindest die zeitliche Dauer der Phase 1 deutlich zu reduzieren, heisst es in der Mitteilung zum Vorstoss von FDP-Präsident Raphael Frei, Jens Jäger (FDP) und Sandro Wasserfallen (SVP).

«Unnötiger Mehraufwand und nicht nachvollziehbar»

Der Schulbetrieb mit Halbklassen verursache bei Familien wie auch bei Schulleitungen und Lehrpersonen «einen unnötigen Mehraufwand», wird argumentiert. Aus der Perspektive berufstätiger Eltern sei er «nicht nachvollziehbar». Wie ein Grossteil der umliegenden Kantone hätte auch der Kanton St. Gallen wieder den Normalbetrieb aufnehmen und dabei Schutzvorkehrungen und Hygienemassnahmen beachten sollen, heisst es im Vorstoss. Seit drei Tagen läuft zudem eine Onlinepetition, die sich an alle Kantone richtet, die «in Teilzeit unterrichten wollen», wie es dazu heisst. Verlangt wird ein Normalbetrieb in der Schule. Bis Montagabend wurde die Petition laut Zähler von rund 5000 Personen unterstützt. (sda)

HSG-Rektor Bernhard Ehrenzeller über den Fernunterricht und die Rückkehr auf den Campus

Die Universität braucht Präsenz

Die jetzigen Herausforderungen regen viele von uns an, in der Geschichte nach Orientierung zu suchen. Gerade aus dem Schicksalsjahr 1918 lassen sich Lehren ziehen, einerseits, um sich der Dimensionen einer Pandemie wie der Spanischen Grippe bewusst zu werden, andererseits, um damalige Fehler zu vermeiden. Wer in der Chronik der Universität St. Gallen nach solchen Erkenntnissen sucht, den wird die Nüchternheit des damaligen Verfassers erstaunen: «Ende Oktober bis Ende November 1918 musste der Unterricht wegen einer Grippeepidemie eingestellt werden; dafür wurde im März das Sommersemester 1919 um drei Wochen verlängert.» Das war's. Für uns sind die Einschnitte tiefgreifender.

Zum jetzigen Zeitpunkt würden auf dem HSG-Campus normalerweise die charakteristischen Zelte des St. Gallen Symposium aufgestellt und die Vorbereitungen für unseren Dies academicus würden auf Hochtouren laufen, damit wir die Gründung der Hochschule feiern könnten.

Dieses Jahr muss es bei einer Einladung zu einer virtuellen Feier bleiben, wie sich überhaupt fast das ganze Universitätsleben online abspielen muss: Seit der Bundesrat die ausserordentliche Lage erklärt hat, bleiben unsere Vorlesungssäle leer, Seminare und Sitzungen finden per Videokonferenz statt. Die jetzige Situation bringt viele Einschränkungen mit sich und hat Forschungsvorhaben gebremst – öffnet aber auch neue Perspektiven.

Universitäten stehen im Ruf, der Welt entrückt zu sein. Die anhaltende Krise zeigt indes, wie stark die Universität mit der Welt verwoben ist. Als Universität sind wir nicht nur an wissenschaftlicher Anerkennung interessiert, sondern auch der Gesellschaft verpflichtet. So zeigen unsere Webinare, an denen bereits über 2000 Personen teilgenommen haben, wie das Wissen und die Erkenntnisse unserer Forschenden gerade jetzt hilfreich sind. Das Forschungszentrum für Handelsmanagement hat in Rekordzeit eine Plattform mit Unterstützungsangeboten und Inspiration für den Detailhandel aufgebaut. Prorektorin Monika Bütler leitet die Gruppe von Ökonomen, die den Bundesrat unterstützen. Täglich stehen

unsere Expertinnen und Experten den Medien Rede und Antwort, um beispielsweise die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzuschätzen oder auf rechtliche Fragen zur Ferienstornierung zu antworten.

Dies sind nur eine Handvoll Beispiele, die zeigen: Die Krise intensiviert den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft oder besser gesagt in der Gesellschaft. Denn die Vorstellung von der Universität als Elfenbeinturm hat noch nie der HSG entsprochen – wir sind genauso Teil des grösseren Ganzen wie jede andere Institution auch. Jetzt erst recht.

Die Intensivierung dieses Dialogs mit der Öffentlichkeit, die verstärkte Flexibilisierung der Arbeit und der Lehre durch

digitale Mittel – dies sind Aspekte der «neuen Normalität», die wir uns auch für die Zeit nach der Pandemie bewahren und vorantreiben wollen. Das virtuelle Miteinander führt uns eindrücklich vor Augen, wie viel wir schon jetzt online leisten können in Forschung, Lehre und Wissenstransfer in die Praxis. Wir sind ins digitale Zeitalter katapultiert worden.

Doch gleichzeitig ist deutlich sichtbar und spürbar geworden, was auch der perfekt organisierte virtuelle Austausch nicht zu leisten vermag und was uns fehlt: Das studentische Leben, der persönliche Kontakt und das Gefühl erlebbarer Schicksalsgemeinschaft sind entscheidend für den Lernerfolg. Auch die For-

schung lebt von der gegenseitigen inspirierenden Anregung und von der Diskussionskultur.

Es ist der Universität bisher gut gelungen, sich dem Coronakrisenmodus anzupassen. Doch die Lehre, die wir daraus ziehen, geht nicht in Richtung Fernuniversität. Viel klarer wird vielmehr, dass wir möglichst bald «zurück auf den Campus», also auch in Zukunft eine Präsenzuniversität sein und bleiben wollen.



Bernhard Ehrenzeller
Rektor Universität St. Gallen